

Geheimtägliche
nachweislich mit
der Bonn- und
Reichs-
Anwaltschaft
sowie mit
den
Rechts-
Anwaltschaften
in
den
Provinzen
sowie mit
den
Rechts-
Anwaltschaften
in
den
Provinzen
sowie mit
den
Rechts-
Anwaltschaften
in
den
Provinzen

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ

Infektionsgefahr
potenziell oder deren Mann
80 Pfennig
für aussergewöhnliche Anzeigen
20 Pfennig
Im rabattierten Teile
höchst bis 20 Pfennig

Infizierten
für die Infizierten
müssen infizieren bis vor-
mittags halb 10 Uhr in der
Exposition aufgetragen
sein.

Angestellter in die
Polizeiangelegenheit.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Part 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part 42/43. Sprechstunde werktags 1/12—1/1 Uhr mittags.

Wahlarbeit des Reichstags.

Zur Durchscheidung der Angehörigen.
Vericherung.

Die bürgerlichen Parteien wollen mit einem Satz voll „post-hoc-Arbeit“ vor die Wähler treten. Der Reichsversicherungsordnung, die nach langer Verhinderung durch die Regierung vom Stenium des Reichstages mit unwürdiger Hast und mit erheblichem Mangel an Gründlichkeit verabschiedet wurde, soll das Verhängnis für die Arbeiter sein. Die Arbeiterparteien werden die Angehörigen erstreuen, die seit langer Zeit größeren Wohlstand als die Arbeiter. Wie der Unternehmer versucht, sie von den Arbeitern zu trennen und in ihren eigenen Reihen das Entsetzen des Zusammengehörigkeitsgefühls durch Unterschiede im Gehalt und andere Maßnahmen zu verkindern, so bemühen sich Regierung und bürgerliche Parteien, durch sozialpolitische Gesetze die Angehörigen an die bürgerlichen Parteien zu fesseln und sie vom Anschluß an die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, abzugeben. Zu diesen Werbemitteln der Fesslung gehört die verhältnismäßig günstige Regelung des Rechts des Arbeitsvertrages für die Handlungsgesellen durch das Handelsgesetz und für Wermeister, Techniker u. a. durch die Gewerbeordnung. Als neue Maßstab soll den Angehörigen, dem neuen Mittelstand, das Versicherungsrecht für Privatangestellte beschieden werden. In den bürgerlichen Parteien ist — und sicher nicht unbegründet — die Furcht lebendig, daß auch die Angehörigen die Wirtschaft- und Steuerpolitik des letzten Reichstages als ein schweres Ärgernis auf ihre Wirtschaft recht befriedigend betrachten und sich der Partei zuwenden werden, die dieses Ärgernis rückwärts los, energisch und konsequent beseitigt hat. Wie die Reichsversicherungsordnung die Arbeiterpartei, so soll das Versicherungsrecht den Kleinrenten der Adressierten, die Angehörigen, bescheiden und ihnen vorzählen, daß allein die bürgerlichen Parteien für ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen besorgt und ihre geeigneten Sachwalter im Parlament sind. Wir glauben nicht, daß die Angehörigen, in der Freude über die Erfüllung ihres Wunsches nach Schaffung einer Pensions- und Hinterbliebenenversicherung, nach der sie seit Jahren verlangen die vielen Verlobungen und Angriffe vergessen werden, denen sie ausgesetzt waren und die, wenn sie sich zurzeit auch nicht unverwundlich an den Tag zeigen, nach ein Jahr erneut einsehen werden. Ist doch das Wahlrecht der Angehörigen fast noch stärker beschränkt worden, wie das der Arbeiter und sind doch die Verhältnisse durch Konkurrenzkaufen und Abnahme des Ehrenworts die Angehörigen in ihrem beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen zu hindern, an der Konkurrenz für die Angestellten auf das Wahlrecht zu setzen von denselben Unternehmerorganisationen aus, die mandanten bürgerlichen Parteien, direkt oder indirekt, Wahlgebet liefern und sie günstigen Kandidaten aufstellen, die ihnen, den Unternehmerorganisationen genehm sind.

Wer den Zusammenhang zwischen bürgerlichen Parteien und den Kreisen der Großindustrie und des Handels kennt, den muß der Eifer der bürgerlichen Parteien, den Angehörigen den kurz vor Todesstunde eine „Wohltat“ zu erweisen, bedenklich machen. Was das Versicherungsrecht den Angehörigen bietet, geht ja erstklassig über die armen Leute der Arbeiter und Hinterbliebenenversicherung hinaus. Dafür werden aber die Angehörigen mit verhältnismäßig sehr hohen Beiträgen belastet, die im Vergleich zu den Beiträgen der Arbeiter, denen auf den Angehörigen die Hälfte, also ein Zwanzigstel fällt, während die andere Hälfte aber formal dem Arbeitgeber gezahlt werden muß, indirekt aber oder häufig den Angehörigen durch entsprechende Bemessung des Gehalts treffen wird.

Der Inhalt des Gesetzes ist mehrfach besprochen worden. Die Änderungen der Reichsversicherungsordnung sind unbedeutend. Mit den schwierigen Fragen der anderen Bemessung der Versicherungsleistungen hat sie sich gar nicht eingehend befaßt, sondern die Vorlage der Regierung unbedeutend angenommen. Danach ist die Zahlung von 120 Monatsbeiträgen Voraussetzung für die Gewährung des Ruhegeldes, das ein Viertel der in dieser Zeit geleisteten Beiträge und ein Viertel der übrigen Beiträge beträgt. Die Beiträge für den während 30 Jahren jährlich 100 RM. Beiträge geleistet worden sind, erhält ein Ruhegeld 747 RM. für das Jahr. Es wird gewährt bei Erstattung der Arbeitsfähigkeit auf 60 Proz. oder nach Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Witwenrente beträgt zwei Fünftel, die Rente für eine Witwe ein Fünftel und ein Viertel des Ruhegeldes. Ihre weibliche Versicherung beträgt die Hälfte des Monats. Erhöhung der Witwenrente wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Renten sind bekanntlich die einzigen Leistungen, auf die die Versicherungen einen Rechtsanspruch haben. Die Gewährung des Ruhegeldes zur Vermeidung vorzeitiger Invalidität ist auch nach dem Versicherungsrecht eine freiwillige Leistung, genau wie in der Invalidenversicherung der Reichsversicherungsordnung. Da die Verrentung der Reichsversicherungsordnung, wie die Versicherungsordnung für die Arbeiterversicherung besagen soll, noch mehr unter dem Einfluß der Beamten stehen wird, wie die der Invalidenversicherung, anhalten, so ist die Befürchtung, daß die Aufwendungen für Gelderfahren in sehr engen Grenzen bleiben werden, nur auf begründet. Den Angehörigen und den Arbeitgebern steht auf die Verrentung der Versicherungsordnung ein geringer Anspruch

zu. In der Hauptsache können die von ihnen gewählten Vertreter nur als Quatrate mit beratender Stimme in den Verwaltungsgremien wirken. Ihre Wahl erfolgt nach einem komplizierten Wahlverfahren; nur mit großer Mühe ist es den sozialdemokratischen Mitgliedern der Reichstagskommission gelungen, das Verbot der öffentlichen Wahl durchzusetzen, die nach dem Regierungsentwurf möglich sein sollte und die auch die Zustimmung des Mitgliedes der freisinnigen Volkspartei, Dr. Rudolph, fand. In folgerichtiger Durchführung der Absicht, die Verrentung der neuen Versicherungsverordnungen den Prinzipalen und Angestellten vorzuziehen, ist vorgesehen, daß sie bei Anstellung der Beamten nicht mitzuspoken haben. Die höheren Beamten werden vom Kaiser und vom Reichsminister ernannt, die übrigen vom Reichs- oder Staatsbehörden. Dabei sollen die unteren Stellen ausschließlich die mittleren zur Hälfte den Militärämtern vorbehalten bleiben, wofür der Vertreter der freisinnigen Volkspartei, Dr. Rudolph, sich einsetzte.

Wie wenig die Absicht der Reichstagskommission den Wünschen der Angehörigen Rechnung getragen hat, zeigt die Zulassung der Wertpensionskassen als Ersatzinstitute. Sind in der anderen prinzipiellen Frage, ob die Privatbeamtenversicherung an die allgemeine Arbeiterversicherung angeschlossen werden soll, oder ob für sie eine besondere Klasse vorzuziehen ist, die Angehörigen geteilter Meinung, die Zulassung der Wertpensionskassen als Ersatz für die staatliche Versicherung wird von den Angehörigen aller Richtungen abgelehnt. Hierin herrscht Einstimmigkeit. Alle Angehörigen wissen, daß die Wertpensionskassen gar zu leicht als Mittel zur Anhebung dienen können, um die Leute in der Hand zu haben, wie freisinnige Frankfurter Stadtverordnete sagen würden. Trotz der Einstimmigkeit der Angehörigen hat die Reichstagskommission gegen sie entschieden; die Versicherung bei den Wertpensionskassen besteht von der Versicherungsart der Reichsanstalt. Auf die großen Nachteile der Zulassung der Wertpensionskassen nicht nur für die Bewegungsfreiheit der Angehörigen, sondern auch für die Leistungsfähigkeit der Reichsversicherungsanstalt, der wahrscheinlich die schlechtesten Mitten in größerer Menge fallen werden als den privaten Kassen, soll hier nicht näher eingegangen werden. Nach alledem ist es leicht begreiflich, daß die Reichstagskommission sich auch für die Errichtung besonderer Spruchinstanzen — Rentenaußschüsse, Schiedsgerichte und Oberstufenabgerichtet — entschieden und der Vermeidung mit den Nachsichtungsinstanzen der Arbeiterversicherung abgelehnt hat. Gewandt werden muß nach das Verhalten der Mehrheit der Kommission zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Böttcher, der die zur ehrenamtlichen Mitwirkung in den Organen der Reichsversicherungsanstalt berufenen Angehörigen vor Wahlregelung und Entlassung schützen wollte. Zu diesem Zweck beantragte er die Aufnahme einer Bestimmung, wonach der Angehörige, der als Vertreter der Versicherer wirkt, nur aus einem wichtigen Grunde vom Arbeitgeber entlassen werden darf. Trotzdem im preussischen Vergebot zum Schutze der Sicherheitsämter eine gleiche Vorschrift schon existiert, sprach sich mit Ausnahme der Sozialdemokraten alle Mitglieder der Kommission gegen den Antrag aus.

Die Verhandlungen der Reichstagskommission beschäftigen in allen Teilen, das es mit der Frage der bürgerlichen Parteien um die Beherrschung der Reichsversicherungsanstalt eine eigene Sache ist. In erster Linie stellt ihnen das Interesse der Arbeitgeber. Soweit die Unternehmer gefahren, können auch die Interessen der Angehörigen bedacht werden. Dabei kommt sicher hier und da eine gewisse materielle Verbesserung heraus, die über das für die Arbeiter Werkzeuge hinausgeht. Die Angehörigen müssen dagegen auf das geringe Maß von Teilnahme an der Verwaltung, das den Arbeitern eingeräumt worden ist, verzichten. Dadurch sollen — und werden leider auch — Differenzpunkte zwischen Arbeitern und Angehörigen geschaffen. Die bürgerlichen Parteien verlassen hierbei von der Unternehmer gegenüber seinen Angehörigen durch Aufstellung verschiedener Gehaltsstufen nach dem Grad der Stelle und der Höhe. Solange die Angehörigen nicht die Absicht der bürgerlichen Parteien, sie hinsichtlich des Arbeitens zu trennen, erkennen, werden sie an Maßnahmen, wie dem Versicherungsrecht, fest nur die gute Seite sehen. Gerade aber bei der Beratung des Versicherungsrechts haben die bürgerlichen Parteien ganz auf selbständige Prüfung verzichtet und die Erörterung aller Schwierigkeiten und Zweifelstagen vermieden, damit nur schnell der Beschluß gemacht werden konnte. Das ist aber nicht Förderung der Interessen von Angehörigen, sondern lediglich Wahlpolitik. Die Angehörigen werden das hoffentlich erkennen und am 12. Januar die Mitteilung dafür geben.

Agadir und die Folgen.

Herrn v. Aiderlen-Waechters „Rechtserklärungsversuch“.
Die ausführliche Darstellung der Marokkoverhandlungen und besonders des englischen Anteils an ihnen, die Herr v. Aiderlen-Waechter in der Budgetkommission gegeben hat, wurde am letzten Dienstag abend in einem offiziellen Auszug der breiteren Öffentlichkeit übermitteln. Sie enthält, wie zu erwarten war, wenig neues und gar nichts Ueberausendes, sie ist nicht in allen Punkten zweifellos und wird vielleicht von London und Paris sehr mangelhaft aufgenommen. In der Hauptsache kann sie jedoch nur die Auffassung bestätigen, die sich

längst außerhalb der verantwortlichen Kreise selbst in allen denkenden Köpfen festgesetzt hat, die Auffassung nämlich, daß die Entsendung des Panikeres und dann der Berlin nach Agadir ein geradezu ein Wahnsinn gegenüber besser war und daß durch sie die schwere Verrentung der europäischen Verhältnisse verursacht worden ist, die den ungeheuren Krieges geführt hätte.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes berichtet abermals, nie habe die deutsche Regierung Anderwert in Marokko beachtet, und er belegt diese Behauptung mit durchaus nicht zureichenden Gründen. Deutschland habe keinen Ueberfluß an Weibern, für die Marokko ein feiner Siedlungsland wäre, das marokkanische Protektorat werde mehr französische Truppen in Afrika festhalten als schwarze Negern an Frankreich liefern. Als Erguelle sei aber Marokko ein geliebtes und das deutsche Interesse somit geteilt. Gleich bei Entsendung des Panikeres sei den Deutschen mitgeteilt worden, daß Deutschland nicht beabsichtigt, sich in Marokko festzusetzen. Die Entscheidung fand aber keinen Anklang in England argwöhnte man, Deutschland wolle Agadir um ein deutsches Kriegesgebiet machen und sich mit der Zeit vielleicht auch das Hinterland aneignen. Der größte Teil der deutsch-englischen Verhandlungen diene dem Zweck, dieses Mißverständnis zu beseitigen, und in dem Maße, in dem dies gelang, wußte auch die Nervosität der englischen Staatsmänner.

Man könnte es behaupten, daß die lokale Erklärung einer europäischen Regierung bei den anderen Regierungen so wenig Vertrauen findet, hätte die deutsche Diplomatie nicht durch ihr plumpes Ungeschick dieses Mißtrauen selbst herbeigetragen. Die Entsendung eines Kriegesfahrers nach Agadir mußte als Verkündigung einer deutschen Festsetzung in Marokko angesehen werden, und gegen diese Festsetzung durch die Zeit kamen auch die vortheilhaftesten diplomatischen Noten nicht an. Herr von Aiderlen erzählt selbst, er habe sich einem bekannten Mitarbeiter gegenüber ganz heftig ausgesprochen, leider aber habe ihm der betreffende Herr nicht geglaubt. Wenn die deutsche Regierung mit ihren Erklärungen bei den eigenen Patrioten keinen Glauben finden konnte — weil ihr tatsächliches Verhalten in augenscheinlichem Widerspruch zu ihnen steht — so kann sie sich darüber nicht beklagen, daß auch Agadir, Ory und Soud Georges nur die Zeit des Panikeres haben und darüber die beruhigenden Versicherungen des Grafen Wolff-Metternich, des deutschen Vorkämpfers, anfangs gänzlich überhöret.

Judem waren, wie es scheint, die Erklärungen des deutschen Vorkämpfers von Unannehmlichkeit recht weit entfernt. Nach einiger Tage nach der Rede Lord Georges vom 21. Juli sagte Graf Wolff-Metternich zu Sir Edward Grey: „Gegebenfalls würde Deutschland die Mitwirkung der andern Signatarmächte zur Wiederherstellung des status quo (des Vorkämpfers zuvor) willkommen sein. Nur wenn diese ausbliebe, würde es sein Recht allein durchsetzen. Drohende Warnungen würden Deutschland nur zum Besten halten an seinem Recht ermuntern.“ Was ist denn der „Zustand zuvor“, dessen Erzwingung durch einen Krieg hier offen angebrocht wird? Der Zustand der Agadirabteilung? Wäre Marokko aber hätte Deutschland nach der Wiederherstellung dieses Vertrags, der Deutschland politisch aus Marokko ausschließt, wäre eine vollkommene Sinnlosigkeit gewesen. Wie hätten auch die englischen Staatsmänner das Gerede von der Wiedererzwingung der deutschen Allionsfreiheit anders auslegen sollen, denn als Ankündigung einer auf Marokko gerichteten deutschen Absicht!

Bestand aber die Aussicht, daß Deutschland verlangen werde, sich in Marokko festzusetzen, dann stand das Recht Englands, in den Verhandlungen mitzuspoken, auf alle Fälle fest. England war durch Vertrag gebunden, Frankreich in Marokko Hilfe zu leisten. Außerdem fanden bedeutende wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Wenn Wilhelm II. sagen konnte, nirgends in der Welt hätte eine Entschädigung fallen, ohne daß der deutsche Kaiser dabei mitzuspoken habe, und wenn die Aufstellung Deutschlands bei den französisch-englischen Marokkoverhandlungen zur Demonstration von Tanger führte — wie will man dann der englischen Regierung das Recht bestreiten, sich für den Verlauf der jüngsten deutsch-französischen Marokkoverhandlungen zu interessieren? Was die deutsche liberale Presse, ins Horn der Chauvinisten stoßend, über das Weltrecht in Marokko geschrieben, das sich England anmaße, ist in keiner Weise aufrecht zu erhalten.

Die Frage, welche Gründe zur Rede Lord Georges vom 21. Juli geführt haben, findet in der offiziellen Weltanschauung keine vollkommene Erklärung. Man würde in dieser Beziehung klarer sehen, wenn sich Herr v. Aiderlen-Waechter bemächtigen haben würde, das vom Reichstag geforderte Weisheit herauszugeben, statt einen Rebeuzug zu erfinden zu lassen, dem jede chronologische Genauigkeit in der Darstellung der Vorgänge fehlt. Nach Herrn v. Aiderlen-Waechters Darstellung soll die Behauptung, die deutsche Regierung habe der englischen vierzehn Tage lang keine Antwort gegeben, inoffiziell sein. Am Tage jener Rede habe eine Unterredung zwischen Sir Grey und dem Vorkämpfer stattgefunden, die von Sir Grey in dieser Unterredung gestellten Fragen seien am Tage darauf telegraphisch beantwortet worden, mittlerweile sei die Nachricht von der Rede Lord Georges in Berlin eingetroffen. Wo zu diesem Vorgang aber sind, wie es nach Herrn v. Aider-

das Parlament zu erklären. Ungeheure Menschenmassen füllten die Straßen und Plätze um das Parlament. Die bedrückte Masse von Aufstrebenden zog die Straßen entlang und geriet in die Fenster im Regierungspalast im Zentrum, um die Fenster zu öffnen und die Luft zu erneuern. 100 Aufstrebende wurden verhaftet.

Oesterreich-Ungarn.

Die Abkämpfung der Steuerung. Der Steuerungskommission des Abgeordnetenhauses nahm alle gegen die Steuerliche gerichteten sozialdemokratischen Vorschläge an und befreite den Genossen Dr. Kerner zum Referenten.

Russland.

Die Protestbewegung gegen das Justizverbrechen an den sozialdemokratischen Dumaabgeordneten ist bereits eingeleitet worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Interpellation in der Duma eingebracht, in welcher Klärung über die Verurteilung der sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma verlangt wird. Die letzte Nummer des Petersburger sozialdemokratischen Wochenblattes Swesda ist fast vollständig dieser Frage gewidmet. (Wie wir erfahren, ist diese Nummer von der Regierung konfisziert worden). Das öffentliche Gewissen — schreibt das Blatt — kann nicht zur Ruhe kommen, nachdem die furchtbare Mordthat an den Abgeordneten stattgefunden hat. Welche Identifizierung sich zeigen mögen, müssen nun das eine verlangen: die Revision des Prozesses gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma. „Gebt uns unsere Deputierten wieder!“ — dieser Ruf muß laut und unablässig in dem ganzen Reiche erschallen. Überall, wo es geschlossene Gruppen von Arbeitern gibt, muß diese Forderung aufgestellt und an die Meißelmaße geschnitten werden.“

Die Entwürfe über das infame Verbrechen der Zensurverwaltung, die die erlachte sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma auf Grund eines von der Kärnna inszenierten Komplottes des „Hochverrats“ begünstigt und von einem besonders Gerächt hinter verschlossenen Türen zur Katastrophe und Verbannung verurteilt ließ, hat unter französischen Genossen bereits Veranlassung zu einer internationalen sozialistischen Bewegung zu werden, damit eine gemeinsame Aktion der ganzen internationalen sozialistischen Bewegung organisiert werde. Zu gleicher Zeit hat Genosse Sembat sich an das Bureau der Sozialdemokratischen Sozialistengruppe gewendet, die an dieser Angelegenheit ein besonderes Interesse hat, da die Opfer des Schreckenstodes der russischen Regierung Parlamentarier gewesen sind. Die Vorbereitungen zu einer Aktion — schreibt Genosse Ch. Dumas — sind also schon getroffen, und sobald das internationale sozialistische Bureau die Lösung ausgibt, wird die Bewegung beginnen.“ Auch die sozialistische Kammerfraktion wurde aufgefordert werden, die Maßregeln zu beraten, die sie in dieser Angelegenheit ergreifen werde.

Perlien.

Die russische Brigantennepolitik. Die russische Regierung ergreift nun auch das Wort, um die Ursachen ihres Vorgehens gegen Perlien anzugeben. In der offiziellen Wollja wird in einem offenbar inspirierten Artikel auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen Russland und Perlien hingewiesen, die es hinsichtlich gegenwärtig zur Pflicht gemacht hätten, einmal ernstlich gegen die „Anarchie“ in Perlien vorzugehen. „Russland und England — so heißt es in dem Artikel — sind von allen europäischen Staaten an der Aufrechterhaltung des Friedens der Ruhe und einer relativen Ordnung in Perlien am meisten interessiert und waren auf jede Weise betrebt, eine aktive Einmischung in die inneren Angelegenheiten Perliens zu vermeiden, indem sie es ihm selbst überließen, sich in dem administrativen und wirtschaftlichen Chaos zurechtzufinden, dem eine Frucht der unruhigen perlienschen Revolution war.“

Die russische Regierung hat zu dieser außerordentlichen Maßnahme nur gestritten, nachdem sie die Zwecklosigkeit jeder weiteren Unterhandlungen mit einem Staate eingesehen hat, der es nicht anerkennen wollte, wie gerecht und maßvoll die russischen Forderungen waren. Dieser Umstand muß bei der Würdigung der Ereignisse im Auge behalten werden, die bei der weiteren Entwicklung des russisch-perlienschen Konfliktes eintreten können.“

Die unerschütterliche Drohung, die aus den letzten Zeilen der Regierungserklärung spricht, zeigt klar, daß die russische Regierung keineswegs geneigt ist, sich mit den neuen Zusammenhängungen nach Perlien und der Bestimmung Skutins zu begnügen. Die russische Regierung geht offenbar im Verein mit England daran, das Wort zu vollenden, das dem Erzherzog Maximilian III bei seinem räuberischen Überfall auf Perlien nicht gelungen ist.

Was die jetzige Krise in Perlien von allen früheren unterscheidet, ist das Zurückweichen der anderen Mächte, auf die sich Perlien bei seinem Unabhängigkeitskampf immerhin hätte stützen können. Diese Mächte sind die Türkei und Siam. In der Tat. Aber während die Türkei durch den Krieg mit Siam für die eroberrückigen Bündnisverträge ausgeschlossen ist, hält

sich die deutsche Diplomatie nur im Hintergrunde, nachdem sie in Potsdam ihre „Kompensationen“ für Nordperlien erhalten hat. Schon bei dem liberellen Matomek Alis auf Perlien, als die Teilnahme der russischen Diplomatie an diesem Verbrechen deutlich hervortrat, schrieb die deutsche imperialistische Presse mit Genugtuung, man könne nicht dagegen einwenden, daß „unter großer Kompens.“ in der ihm freigegebenen Einflussphäre vorzugehen mußte.

Die ganze internationale deutsche Presse, die den Postkammer Abmachungen Beifall geleistet hat, ist am allermeisten dazu berechtigt, die Verantwortung für die antiperliensche Politik, die den Untergang Perliens bedeutet, jetzt von sich zu weisen.

Petersburg, 23. November. In hiesigen gut unterrichteten politischen Kreisen erwartet man für die aller nächste Zukunft ein sehr scharfes Wort gegen Russland gegen Perlien und China. Nordperlien würde dem Zwecke des russischen Einflusses unterworfen werden, während im fernem Osten der Grenzschutz ein Liebesgroschen der chinesischen Revolution auf die Wanderschaft und die Mongolei durch Verdrängung bereiten soll.

Mexiko.

Die revolutionäre Bewegung. Cuernavaca, 22. November. Ebenen Sun meldet in einem Telegramm aus Mexiko-Stadt, daß revolutionäre Verbände im Norden Mexikos eifrig tätig sind. Die Maximilian und Maximilian verlamellen alle Eisenbahnen zu einem letzten großen Vorstoß gegen die Regierung. Ein Manifest des Präsidenten Madero erklärt, daß er mit „eigener Hand“ die Unruhen unterdrücken werde.

Aus der Partei.

Staat als — Wahlvorbereitung.

Der Vorwärts schreibt: Die immer mehr ins Lager der alldeutschen-nationalistischen-foliarialen und flottenbegeisterten Schutzvögel abdriftenden Sozialistischen Monatshefte scheinen sich vorgenommen zu haben, unseren Gegnern für die Wahlkampf wieder Material zu liefern. In der vorigen Nummer hat Karl Gumbert unsere Abtreibungen, den Zusammenbruch der absolutistischen auswärtigen Politik zur Ausgestaltung der Verfassung in demokratischem Sinne, zu verdrängen gesucht und seiner Bewunderung für die Mäusermethoden des Herrn Giotelli zwar vorzüglich verfallen, aber doch deutlich erlernbaren Ausdruck gegeben.

In der letzten Nummer sucht S. H. P. die Marxepolitik der Sozialdemokratie zu verbreitern und die Partei lächerlich zu machen. Es ist die bewährte, von Schöppel zur Virtuosität ausgebildete Methode, durch aus dem Zusammenhang gereißte Zitate aus allen möglichen Parteizitellen Widersprüche in der sozialdemokratischen Politik zu konstruieren. Für die impotente Manifestation der proletarischen Einheit, für die große Freundschaft der internationalen hat der Mann natürlich kein Wort. Wohl aber ist sein Streben jetzt nach Ausschluß der Verhandlungen auf Grund der Regierungserklärungen nachzuweisen, daß die sozialdemokratische Presse nicht in alle diplomatische Einzelheiten eingeweiht war, die herrliche Politik der Regierung mandant mäßig verstanden habe; ein Beweis, um so leichter zu erbringen, da die Behauptung von niemand bestritten war, die Geheimkammer der Regierung vielmehr einen der Anlagepunkte bildete. Der Zweck der Hebung ist freilich durchsichtig: der „Rechtweis“, die Sozialdemokratie ist zur Zeit der auswärtigen Regierung völlig unfähig und dürfte sich darum nicht kümmern, ihr der begehrtesten Zustimmung der Rhein-Weiß, Bg. und der Post natürlich sicher. Und das allein beweist ja den Zenten, die die politische Richtung im Monatskreis immer auszufälliger bestimmen, doch sie auf dem richtigen Wege sind — ein Weg freilich, der aus der Partei hinausführt.“

Gemeinderatswahlrecht in München.

Das Münchner Kollegium der Gemeindebevollmächtigten (Stadtverordneten) besteht aus 60 Mitgliedern, von denen alle drei Jahre 20 auscheiden. Die Mandatsdauer beträgt somit neun Jahre. Bei der Wahl kommt das Proportionalwahlrecht mit freien und verbundenen Listen in Anwendung. Die Namen der Kandidaten können gekauft werden, in der Weise, daß jeder einzelne bis zu dreimal auf der Liste angeführt werden darf. Die ganze Stadt bildet einen einzigen Wahlkörper.

Wähler legte sich das Sozialdemokratische Kollegium aus 14 Sozialdemokraten, 20 Christlichen, 14 Ultramontanen, 1 Antifemilisten und 1 Vertreter der Hausgararier. Davon scheidet in diesem Jahre aus: 3 Sozialdemokraten, 5 Ultramontane und 12 Liberale.

Am Montag fand die Wahl statt. Nach den vorläufigen Zahlen genigten von 41 556 wahlberechtigten Bürgern 36 358, also weit über 90 Prozent, ihrer Wahlpflicht. Es stimmten für die sozialdemokratische Liste 13 756, für die Liberalen 10 242, für das Zentrum 7768, für die Hausbesitzer 2802 und für die Antifemilisten 928 Wähler. Danach erhalten die Sozialdemokraten acht, die Liberalen sechs, das Zentrum drei Sitze und die Hausbesitzer einen Sitz. Das übrige verbleibende Mandat fällt voraussichtlich noch dem Zentrum zu.

Die Sozialdemokraten brachten also bei der diesjährigen Wahl 5000 Stimmen mehr auf und gewannen zu den bisherigen 14 Mandaten noch fünf. Die Grundbesitzer gewannen ebenfalls ein Mandat; die Liberalen verloren sechs, während das Zentrum, wenn es fünf Mandate erhält, seinen Besitzstand gemehrt hat. Das Kollegium besteht nunmehr aus 24 Arbeitern, 10 Sozialdemokraten, 19 Zentrumangehörigen, zwei Hausbesitzern und zwei Antifemilisten.

Die Revolution in China.

Quansichal gegen die Republik.

Der von der Mandschu-Monarchie als ihr Vertreter außerordentliche Quansichal hat sich jetzt zu einem Berliner Korrespondenten des New York Herald über die politische Lage geäußert und sich dabei gegen die Republik ausgesprochen. Das Wort zu erwarten. Allerdings ist es in der Form des schämen Diplomaten, denn man kann nicht wissen, ob die Republik nicht doch noch eingeführt wird, trotz der „Rebenten“ Quansichal. Diese „Rebenten“ sind das alte abgehandene Märchen, daß das Volk für die Selbstregierung „noch nicht reif“ sei und der führenden Hand eines Monarchen bedürfe. — Nach alledem haben die Revolutionäre allen Grund, dem alten Fuchs zu misstrauen und auf ihren Forderungen zu beharren. Sie verlangen die heilige ungeschlachte Abschaffung der Mandschu-Monarchie. — Aber auch die Monarchisten trauen Quansichal nicht recht und bereiten im geheimen einen verzeuerten Widerstand vor. Die Regierung ist ernstlich bedroht, namentlich weil sie nicht imstande ist, die Schächer der Angestellten und Beamten zu bezahlen, da die Staatskassen fast leer sind.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Nationalberaternung und Quansichal sind im Zusammenhang mit der Quansichal hat die Nationalversammlung noch nicht beendet. Er scheint sich allein dem Thron gegenüber verantwortlich zu fühlen. Entgegen der gegen die Weiterführung der Reichseinigung gerichteten Entscheidung des Parlaments rückt die erste Brigade der Mandschu nach dem Süden ab. Die Nationalversammlung hat ihre Zustimmung zu einer geplanten Konferenz von Provinzialvertretern gegeben, die über die Frage

Monarchie oder Republik?

entscheiden soll. Sie bietet Garantien für die Sicherheit des Hofes, erklärt aber, sie könne keine Pension bewilligen.

Opfer des Fremdenhasses.

Peking, 22. November. Schwedische Missionare, die gestern abend in Peking eintrafen, berichten, daß in Sianhu die Schulvorsteherin Bedmann und fünf Kinder ermordet worden seien, ebenso ein im chinesischen Kostüm stehender Deutscher und viele chinesische Mädchen. Viele Ausländer verließen auf den Rat der Konfuzius-Jünglinge.

Die schwedischen Missionare, die die Nachricht von der Mordmordung der Weijian in Sianhu nach Peking brachten, sind selbst auf ihrer Reise von Chinesen angegriffen und verletzt worden; auch wurde einer von ihnen verwundet. Aus ihren Mitteilungen geht hervor, daß die Mordtaten nicht von den Mandschu, sondern von den Chinesen ausgehen und sich gegen die Mandchus richteten. Denn sie erklärten, die Ermordung der vielen chinesischen Schulmädchen sei darum geschehen, weil diese Kinder, die von den Missionaren veranlaßt waren, die Bandagen zur Verkleidung der Hüfte abzunehmen, für Mandschukinder gehalten wurden.

Die in Sianhu ermordete Familie Senne stammt aus Bremen. Gernie war Hofbildhauer in Sianhu. Die Familie bestand aus dem Mann, der Frau und vier Kindern.

Verantwortlich für die Mordtaten, Peking: Leberich, Parteivorsitzender Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliche, Feuilleton und Bernisches Karl Wod, Solales Wilhelm Koenen, Provinzial- und Versammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Aus dem Geschichtsverkehr.

Wusst er denn des Wessens Herz? Was wäre das Belohnung, fast ohne Sang und Klang? Was gibt einem Familienfest erst die rechte Wärme und Stimmung? Von Jung und alt werden stets die Klänge unter Hausmusik freudig begrüßt werden. Eine reiche Auswahl guter Musik-Instrumente: Violinen, Mandolinen, Gitarren, Bandonions, Akkordeons (Ziehharmonikas), Hörn, Trommeln, Euphonien, Musik- und Spremparator (Grammophon), Musikplatten u. s. w. bietet unser Verleger bei dieser Nummer den feinsten Prospekt der bekannten Firma Georg Bernhardt, Leipzig, Brandenburgerstraße 14/18. Die Anordnung wird noch dadurch bedeutend erleichtert, daß die bewährten Melodie-Musik-Instrumente gegen bequeme monatliche Teilzahlungen von 2 M. an geliefert werden. Gleich illustrierte Musikataloge versendet die Firma auf Wunsch umsonst und portofrei.

<h1>Lebensmittel</h1> <p>Freitag = Sonnabend</p> <h1>Nussbaum</h1>	Kakao rein	1 Pfund	60	1/2 Pfund	30	Faulen-Nudeln	1/2 Pfund	14	Mettwurst	1 Pfund	95	Zitronen	3 Stück	10	
	Kakao-Kakao	1/2 Pfund	25	Maccaroni	1/2 Pfund - Pat.	16	Schinkenwurst	1 Pfund	98	Feigen	1 Pfund	25	Ess-Kastanien	1 Pfund	20
	Graupen	1 Pfund	15	Reismehl	1 Pfund	20	Knackwurst	1 Pfund	75	Bananen	3 Stück	20	Bouillon-Würfel	10 Stück	15
	Gries	1 Pfund	18	Poddingpulver	5 Pat.	20	Salami	1 Pfund	98						
	Reis	1 Pfund	18	Tee	2 Pat.	15	Ziegenkäse	1/2 Pfund	25						

wolle der Oper Madame Butterfly angelegt. Diese Vorstellung findet im Abonnement die Günstigsten statt. Am Sonntag ist wegen des Rosenmontags keine Nachmittagsvorstellung angelegt. Abends 7 Uhr wird Laubhüter gegeben. Den Abonnenten des 8. und 4. Quartals zur Kenntnisnahme, daß sich am Freitag und Sonnabend ein Umlauf als notwendig erweist. Am Freitag findet die 76. Vorstellung (4. Viertel) statt, am Sonnabend die 75. (3. Viertel).

Am Apollo-Theater wurde am Dienstag die Bauern-Lomdie & Dorfkomödie in drei Akten von Hans Werner zum erstenmal aufgeführt. Dem Bauernspieler Hans Werner, der schon mehrere Rollen aus dem Bauernleben geschrieben hat, ist es in seinem Dargebietnis gelungen, das Leben seiner Landsleute vorzüglich zu zeichnen. Was er dort beleuchtet und erzieht hat, hat er in dieser Komödie zusammengefaßt. Geübt wurde ausgezeichnet. Wer allen wissen genannt werden: W. Erhardt-Dogeljung, Fritz Greiner und Eber Teroral, die ihre Rollen vorzüglich spielten. Aber auch die übrigen Mitspielenden verdienen lobende Anerkennung. Das Virtuosen-Terzett, bestehend aus den Herren G. Schwan, S. Wilmner und S. Niewell, brachte im Aufschneidung einige Vorträge zu Gehör, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, so daß die Künstler sich zu einer Zugabe bequemen mußten.

Von der Preispreis-Notierungskommission am städtischen Schlachthaus und Viehhofe wurden am Montag den 20. November 1911 folgende Preispreise festgestellt: Es wurden bezahlt für 50 kg Fleischgewicht für Ochsen: Höchster Preis 72, niedrigster Preis 60, häufigster Preis 68 Mt.; für Bullen: Höchster Preis 71, niedrigster Preis 65, häufigster Preis 69 Mt.; für Kühe: Höchster Preis 68, niedrigster Preis 56 Mt., für Saukalber: Höchster Preis 74, niedrigster Preis 67, häufigster Preis 71 Mt.; für Lämmer und Wasthammel: Höchster Preis 72 Mt.; für Schafe: Höchster Preis 64, niedrigster Preis 56, häufigster Preis 62 Mt.; für Schweine: Höchster Preis 65, niedrigster Preis 60, häufigster Preis 63 Mt. Bei den Schmeinen verhielt sich der Preis auf 50 kg Schlachtgewicht. (Weniger und bezahlt werden nur die beiden Körperhälften, einschließlich des Schmerser unter unentgeltlicher Zugabe des sogenannten Krames: Weislinge, Wogen, Darm, Mittel und Blut.)

Schwerer Unfall bei der Arbeit. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde der Kauschische Bauereiführer Hermann Butz von einem Handlsmann auf der Bauendörfer Wpauße schwer verletzt aufgefunden. Wie sich herausstellte, war der Bauernswerte von seinem Wagen herabgefallen und überfahren worden. Die Pferde wurden mit dem fährerlosen Wagen in Trotha angehalten. — Auf Veranlassung des Handelsmannes wurde der Ueberfahrene, der schwere Verletzungen an Armen und Beinen und an der Brust aufwies, mit dem städtischen Krankenwagen zur Klinik gebracht. Mehrere Genesheiten über die Art des sonderbaren Unfalles stehen noch aus.

Feuer. In dem Hause Domplatz, Ecke Kanalegasse, brach am Dienstag nachmittags ein kleines Feuer aus. Die Feuerwehre war bald zur Stelle und schickte in etwa einminütiger Zeit den Brand. Am Abend vorher war die Wehre nach der Albrechtsstraße gerufen worden, wo durch eine Petroleumlampe-Explosion ein kleines Feuer ausgebrochen war, das aber von den Einwohnern selbst gelöscht werden konnte. Jedoch hatte ein Mädchen bei der Explosion in erhebliche Brandwunden erlitten, daß es zur Behandlung in die Klinik gebracht werden mußte.

Höllberg. Eine Gemeindevertreter-Sitzung findet am Freitag abend um 8 Uhr im Kurpächischen Hofale statt. Die Sitzung ist öffentlich.

Nietleben. Öffentliche Versammlung. Am Sonnabend abend 7 Uhr wird der Reichstagsabgeordnete Kunert in einer Volksversammlung, die im Gasthaus zur Sonne stattfindet. Das

Thema des Abends lautet: Der Aufmarsch der Parteien im Wahlkampf.

Kranke. Krankenlaffenmitlieder! Am Sonnabend abend um 8 Uhr findet im Bürgergarten eine öffentliche Krankenlaffenversammlung statt. Als Referent ist Arbeiterleiter G. H. denker in Halle genommen. Es ist Pflicht aller Krankenlaffenmitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Kämmerer. Stadterordnetenwahl. Die Stadterordneten nahmen Kenntnis von einem Schreiben, worin der bisherige Vorsteher Horwitz sein Mandat als Stadterordneter niederlegt. Er begründet sein Tun damit, daß er jetzt geschäftlich sehr in Anspruch genommen wird. Viele Menschen wollen zwar wissen, daß er dieser Ehre mit gutem Willen aus dem Amt getreten hat, weil in der letzten Sitzung über seinen Posten hinweg 5000 Mark zu den Wasserleitungsarbeiten bewilligt worden sind. Es findet nun demnach wieder eine „erschließliche“ Wahl statt. — Mit dem Gärtnermeister Nimmermann ist ein Vertrag abgeschlossen, daß er den früher der Stadt gebührenden 1 1/2 Peter breiten Kanal der durch sein Grundstück führt, mit bequemen Lamm, der Stadt aber das Recht zur Legung von unterirdischen Röhren, Röhren und Leitungen jederzeit ausgehen muß. — Zur Unterbringung des Krankenlaffen und der Feldmehrer wird die Hartmannsche Scheune für jährlich 3 Mark gemietet. — Gegen den Etat der Fortbildungsschule, der mit 2000 Mark balanziert, wird nichts eingebracht. — Zur Erledigung der Wasserarbeiten für die Wasserleitung wird eine Kommission gewählt. Sie besteht aus einem Magistratsmitglied, den Stadterordneten Bölsche, Spang und Wenzel. Außerdem soll noch ein Bürger ausgesogen werden. Als solcher wurde der Baumeister Strang in Vorschlag gebracht. Dieser Kommission steht auch das bedingte Recht zu, den Vertragsentwurf mit dem Ingenieur Müller aus Halle abzuschließen.

Wahn. Zu der Erwiderung des Hausknechters Koblmann in Nr. 288 des Volksblattes haben die 21 lauer Parteigenossen am Sonntag Sitzung genommen. Die Parteigenossen hielten dort, was in der Nr. 288 des Volksblattes stand, aufrecht. Herrmann Koblmann — so wurde gelang — solle sich nur an folgendes erinnern: Wie er an dem fraglichen Tage zur Arbeit fuhr, ist er vom Stabe abgestiegen und hat einem Parteigenossen mit folgenden Worten einen Auftrag gegeben: „Du, wenn du wieder Veranlassung hast, dann kommst du es einmal wieder vorbringen, daß sie mich nicht zum Schlichten holen sollen.“ Da der Herr Koblmann genau weiß, daß der Parteigenosse nicht zu anderen Veranlassungen geht, als zur Partei- und Gewerkschaftsversammlung, so hat der Parteigenosse dort den Wunsch des Herrn erfüllt. Wenn Herr Koblmann denkt, daß er durch seinen Widerruf den betreffenden Parteigenossen Ungefallen stiftete, so ist er im Irrtum.

Aus den Gerichtssälen.

Schiffengericht.

Essigsäuerung. Eine Polizeigenantin entnahm eines Tages bei einer hiesigen Wittualienhändlerin eine Essigsprobe, die sie auf dem Nahrungsmittelunterrichtungsamt abließerte. Man hielt sie für, daß der Essig mit Wasser durchsetzt war, und die Verkäuferin erhielt eine Anklage wegen Nahrungsmittelfälschung. Sie hatte ihr Produkt als „Weineßig“ selbsteigen und meinte, damit keine Fälschung des Sublimats bezugnen zu haben. Die Kunden hätten den unerdünnten Essig nicht gern gekauft, sondern den verdünnten bevorzugt und ihn wegen seiner „milderen Beschaffenheit“ darum als Weineßig bezeichnet. Seitdem sie nun den verdünnten Essig nicht mehr zu verkaufen wage, nähmen ihre Kunden überhaupt keinen Essig mehr von ihr, da sie den sauren nicht möchten. Das Gericht nahm nicht vorläufige, sondern nur fahrlässige Nahrungsmittelfälschung als erwiesen an und verurteilte die Angeklagte,

die jedenfalls nicht absichtlich auf Täuschung ausgegangen sei, zur Zahlung einer Geldstrafe von fünf Mark.

Halbes der Motorfahrer. Ein Straßenwagenführer fuhr am 6. Juni in der Nähe der Hofgartenstraße ein 10jähriges Dienstmädchen mit einem Geschicktsautomobil um. Das Mädchen erlitt eine größere Zahl Quetschungen und Hautabrisse. Der Chauffeur hat schon einmal einen hiesigen Schulknaben umgefahren und ist deshalb bestraft worden. Der Knabe erlitt nach dem Geschehniß eine leichte Gehirnerschütterung. Der Angeklagte soll in beiden Fällen groß fahrlässig gearbeitet haben. Er wurde in eine Geldstrafe von 30 Mark genommen.

Allerlei.

Schwere Bauunfälle.

Auf dem Deimold benachbarten Gute Wistingsbauch erregte sich ein schwerer Bauunfall. Ein für die Zementfabrikation bestimmter Neubau stürzte ein und begrub die zahlreich Arbeiterhaft unter seinen Trümmern. Bisher hat man einen Toten und zehn Schwerverletzte geborgen. Mehrere Einzelheiten fehlen noch.

In Eichenbüttel stürzte beim Neubau des Schlosses Bergfels eine Betonbede ein und begrub drei Arbeiter unter sich. Einer war sofort tot, zwei andere wurden lebensgefährlich verletzt.

In Schaffhausen (Schweiz) stürzte ein Schuppen der Bauanlage der Maschinenfabrik Kauschenbood infolge eines Einsturzes zusammen, wobei 15 Arbeiter zum Teil schwer verletzt wurden.

Das Urteil gegen Tum und Genossen.

Die Dortmunder Strafkammer fällt am Dienstag nach mehrwöchentlicher Verhandlung endlich das Urteil gegen den Bankier Tum und Genossen (Zusammenbruch der Riederheimischen Bank). Das Gericht erachtete in zwei Fällen strafbare Handlungen für vorliegend und verurteilte Tum wegen Vergehens gegen das Depogelsetz, Urkundenfälschung und Untreue zu acht Monaten Gefängnis und 2100 Mark Geldstrafe, Schmitt wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung und Depogelsetzvergehens zu drei Monaten Gefängnis und Wenzel wegen Beihilfe zur Untreue zu einem Monat Gefängnis. Der Beihilfehaft gegen Schmitt wurde aufgehoben, ebenso der in dieser Sache gegen Wenzel erlassene.

Kleines Allerlei. Noch ein ganz Edler. In Berlin ist der Freiberger Wolf von Wolframsdorf wegen einer Exzess- und Wechselräuberei verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden. — Zum Berliner Sittenfandal. Der Direktor der Zeitung La Parterne, Hachen, der der Entführung von Minderjährigen beschuldigt ist hat sich dem Gericht gestellt. Seine Freundin Georgette Veron und ein hiesiger Hühnergeiz sind verhaftet worden. — Ein Schülerstreik ist in Xaram ausgebrochen. — Der wegen Veranlassung des Kirchenbenedikt bestrafte Handelsakademiker Seerbat hob auf seinen Klassenvorstand und beging dann Selbstmord. Wegen des Selbstmordes des Schülers Seerbat sind sämtliche Schüler der Handelsakademie in den Streit getreten, sie verlangen das Recht der freien Streik über die Professoren und erklären, die Schule nicht eher wieder zu besuchen, als bis ihnen dieses Recht eingeräumt worden ist. — Der Sapa-Dampfer Wring Joachim ist bei der Forture festgelaufen. Seine Lade ist ungenügend, jedoch besteht für die Passagiere keine Gefahr.

Für die ausgesperrten Cabakarbeiter gingen ein: Bauarbeiter-Verein in Halle a. E. 400 Mt. Köpfer-Verein in Halle a. E. 15 Mt. R. Göttschberg.

Feinste
Pflanzen-Butter
MARGARINE

Alleinige Fabrikanten: **Holländ. Marg.-Werke Jürgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhd.)**

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 275

Halle a. S., Freitag den 24. November 1911

22. Jahrg.

Aus den Nachbarkreisen.

Schredliche Katastrophe auf einem städtischen Ballschafte.

10 Vergewaltigt.

Wiederum hat der Tod unter den Vergewaltigten furchtbar gehaust. Infolge einer sorglosen Explosion der mit Dynamit besetzten Schäfte, wurden auf dem Schafstausbau Kleinwohnungen bei Nordhausen am vergangenen Dienstag, morgens kurz nach 8 Uhr, zehn Vergewaltigte getötet. Mit wenigen Ausnahmen sind alle entsetzlich verstümmelt und mußten die Glühenden der Unglücklichen teilweise erst am dem Gebirge zusammengeführt werden. Die Nachricht von der entsetzlichen Katastrophe verbreitete sich mit Blitzesschnelle in der Umgegend, und die Angehörigen der Vergewaltigten schickten sich weitgehend vor dem Verwaltungsgelände. Fünf von dem auf dem Schafstausbau der Arbeit Beschäftigten sind bereits tot und werden von Frauen und schmerzlichen Kindern auf der Straße betrauert. Die Untertoten hatten ebenfalls zum Teil für den Lebensunterhalt ihrer alten Eltern zu sorgen. Die alle sind dahingekommen im Dienste des Kapitals, für das sie lange Zeit bei fargem Lohn und schwerer, gefährlicher Arbeit gekämpft haben. Die Hinterbliebenen, die Frauen und Kinder, gehen einer traurigen Zeit entgegen; der Ernährer ist tot und die Unterhaltungen, die ihnen zuteil werden, reichen kaum zum Leben aus. So will es aber unsere göttliche Bestimmung...

Über die Entstehungsurache herrscht tiefes Dunkel. Es wird der traurige Vorfall von einem Bergmann wie folgt geschildert: Die Frühlichter fand bei ihrer Einfahrt den Dampf — das ist die Mitte des Schachtes — geflohen und den Stoß abgelehrt vor. Der über das Drittel die Luftführende Wehr ließ nun die Erdschichten befehen, um diese, genäh um jeder Seite für die Förderung zu gewinnen, gleich noch abzuschließen zu lassen. Nachdem die Böder befeht, fuhr er aus dem Schacht und löppte die elektrische Leitung, durch die der Strom zur Entzündung der Schäfte in den Schacht geleitet wird, um. Dann beauftragte er einen jungen Schläger Strom beim Maschinenstand zu befehen. Demnach war es unmöglich, die Förderer schon aufgesetzt sein konnten, und das mußte im Beisein des Steigers geschehen, wobei die Explosion erfolgte. Die Wirkung war furchtbar. Die Vergewaltigten wurden hauptsächlich in Stücke gerissen. Noch wird uns auf das Bestimmteste mitgeteilt, daß die Schießleitung gleichzeitig als Blühtleitung gebildet habe. Die Handlung des Steigers ist ganz unverständlich. Er ist tot und deshalb wird es schwer fallen den wirklichen Schüßler zur Katastrophe zu bekommen. Die Behörde hat aber die Pflicht, zu untersuchen, ob das über die Leitungen Gesagte zutrifft. Sollte es sich herausstellen, so kann nicht von einer technischen Verbesserung gesprochen werden und es muß auf schärfere Beaufsichtigung werden, daß so etwas vorkommt.

Das Oberbergamt in Halle und die Staatsanwaltschaft haben sofort eine Untersuchung verfügt, aber den Betrieb am Abend wieder freigegeben.

Landkammern letzten Aufgebots.

Dem gegenwärtigen Vertreter des Wahlkreises Delitzsch-Wittenfeld, Herrn Louis Bauermeister, haben die benachteiligten Anwesenheitsbesitzer eine große Freude bereitet. Die Ortsgruppen des im Vorhergehenden blühenden Reichstagsbundes haben sich seit langem mit den denotwendigen Reichstagsarbeiten beschäftigt, um herauszubekommen, welcher von den beiden bürgerlichen Kandidaten — den Sozialdemokraten schaltete man von vornherein aus — am wichtigsten sei, die paar hundert Anwesenheitsbesitzer zu bekommen. Jetzt ist diese schwierige Frage gelöst. Einer Werbung der Eisenbürger Reutenen zufolge hat Herr Bauermeister sich schriftlich verpflichtet, die ihm von den denotwendigen Anwesenheitsbesitzern vorgebrachten im Falle seiner Wiederwahl im Reichstag zu vertreten, außerdem habe er in einem längeren Schreiben seine Stellung zum Landrecht festgelegt. Wie wir vor kurzem ermitteln, will der alte Nationalist im Reichstag energisch für die Einführung einer Reichssteuer für Warenhäuser und Konsumvereine eintreten. Das deutet, die in kurzfristiger Verbindung nicht über ihre Interessen hinwegsehen können, einen solchen Mann als ihren Vertreter betrachten, fällt nicht sonderlich auf. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß man energisch für die Wiederwahl des Reichstagskommisars eintreten wird. Man begründete diese Stellungnahme damit, daß der fortgeschrittene Kandidat es mit Berufung auf die Verfassung abgelehnt habe, eine Verpflichtung zu übernehmen. Das Sprichwort von den allerschlimmsten Mäthern, die ihren Weg selber wählen, ist nirgends richtiger am Platze als hier. Nur ist es das einzige gute, daß auch der Anwesenheitsbesitzer die Niederlage des großen Schwagers Bauermeister nicht abzugeben vermag.

Werbung. Ein Erfolg der freien Gewerkschaften. Am Sonntag fanden hier die Wahlen der Gewerkschaften statt. Die Vertreter für die Gemeindefabrikanten sind:

war infolgedessen interessiert, als der vereinigte Reichsverband, die nationalen Arbeiter, die Hilfe und die Unterstützung der Gewerkschaften im letzten Augenblick der Hilfe des Reichstagspartei eine Gegenleistung gegenübergestellt hatten. Und, trotz auf ihre Abstimmdienung, lag man die Damen sowie die angehenden Herren Beamten zur Wohnräume freizugeben. Man hätte sich allen Umständen nach genügt, die Hilfe öffentlich zu betreiben, beam man trug sie jedem normal gefassten Kader in die Gewerkschaft. Jedoch auch die Arbeiterkreise waren auf dem Boden und diesen zur Hilfe mitgeteilt werden, daß annähernd 150 von ihnen ihr Wahlrecht abgegeben haben. Alle Achtung! müßte da ein großer Teil der Männer sagen, welche ihre Rechte auf die leichtfertige Art preisgeben und nicht zur Wahl gehen. Offenbar wird, daß die männlichen Nichtwähler sich die Tätigkeit unserer Frauen als Vorbild dienen lassen. Abgegeben wurden 491 Stimmzettel mit je 96 Wertenkreisen; davon entfielen auf die Hilfe des Reichstagspartei 228 Stimmen, auf die nationale Arbeiterpartei 161 Stimmen. Unzulässig waren 2 Stimmen. Nach dem geltenden Wahlrecht ist die Hilfe des Reichstagspartei mit ihren 96 Wertenkreisen gewählt. Die Wahl muß im nächsten Jahre auf Grund der neuen Wahlordnung wiederholt werden, und zwar unter dem Wahlrecht des Reichstagspartei.

Wahl. Eine Wahlversammlung fand am Sonntag im blauen Stern zu Delitzsch statt. Genosse Bruner-Weißig sprach über: Die Sünden der bürgerlichen Gesellschaft. In seinem 2 1/2 stündigen Vortrag führte er den Anwesenden das Verhalten der bürgerlichen Reichstagskandidaten vor Augen und betonte, daß bei der Reichstagswahl am 12. Januar das Volk mit seinen Interdiktoren abrechnen müßte. Da sämtliche Reichstagskandidaten in den Ausführungen des Referenten einverstanden waren, wurde keine Diskussion gefolgt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß das Volksblatt mehr geleitet werden müßte, ebenso wie das Volk, um die jungen Leute durch Kräfte zu unterstützen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die von über 100 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Wahlen. Bei der Stadtverordnetenwahl wurde gewählt in der 1. Abteilung der Maurer- und Zimmermeister Emil Bauhmann mit 7 Stimmen. In der 2. Abteilung wurden der Tischlermeister Carl Jahn mit 6 Stimmen und der Schlossermeister Gustav Ritz mit 11 Stimmen wieder gewählt. In der 3. Abteilung wurde Klempnermeister Adolf Schmidt mit 49 Stimmen wiedergewählt, während an Stelle des verstorbenen Schneidermeisters Hermann Baummeister Willi Müller mit 86 Stimmen neu gewählt wurde.

Wahlen. Stadtverordnetenwahl. Es wurden gewählt in der 3. Abteilung Amtsgerichtsrat Deimle, und bei Stadtverordneten wurden zwischen Tischlermeister Schumann und Schuhmachermeister Jwaniger, in der 2. Abteilung Apothekenbesitzer Jahn und Kreisbauinspektor-Bezirke Weber, in der 1. Abteilung Metzger Kasper und Bankier Siegel.

Wahlen. Wahlen. Stadtverordnetenwahl. Unsere Parteigenossen werden nochmals auf den in der vorigen Nummer bereits veröffentlichten Bericht des Sozialdemokratischen Reichstagspartei aufmerksam gemacht, der dahin lautet, den blauen Reichstagspartei den Stadtverordnetenwahlkampf alles auszufragen zu lassen und sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Es dürfte sich jedoch empfehlen, die vom Magistrat vorgelegten Legitimationskarten für eine eventuelle Stichwahl anzufordern.

Wahlen. Landtagsabgeordneter Carl Siebnecht sprach am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, im Hoftheater von Halle über die Reichstagswahl. Die Versammlung begann pünktlich, da Genosse Siebnecht bereits um 9 Uhr in einer zweiten Versammlung in Klottermannsplatz spricht. Es wird auf Rosenfeld gerechnet.

Sängerhausen. Unter freiem Himmel. Am vergangenen Sonntag sprach unser Reichstagskandidat, Genosse Wiedlein, in Berga auf dem Gehöft des Knopfmachers Schröder und in Zerlingen auf dem Gehöft des Labalarbeiters Schmidt unter freiem Himmel. Beide Versammlungen hatten einen guten Besuch zu verzeichnen. Genosse Wiedlein schilderte das Verhalten der Nationalliberalen und Konfessionellen bei der Beratung der Reichstagsreform, und forderte auf, diesen Volksvertretern am 12. Januar die richtige Antwort zu geben. An den Besatz, welcher den Referenten an beiden Orten ausgeteilt wurde, kann man ersehen, daß wir auch hier marochieren.

Sängerhausen. Zum Uranspruch in der Aktienmehlfabrik. Am Dienstag morgen fand man die fest unternehmens-liche Beichte des bis jetzt vermissten Feuerwehroffiziers Lubow auf dem zweiten Vorhof vor zahlenden Wälfen und Gläubigern. Man ermittelte die Beichte an dem Feuerwehroffizier, einer Leinwand, die der Vermögensgüter zu tragen pflegte. Die Verbringung der Opfer erfolgt durch die Stadt am Freitag.

Wahlen. Gewerkschaftliches. Die Gewerkschaftsmitglieder des Holzarbeiters, des Maurers- und Steinbrucharbeiter-Verbandes hörten am Sonntag einen Vortrag über Gewerkschaftswesen vom Reichstagspartei Genossen Schaefer aus Gersdorf. Eine dreigliedrige Kommission wurde am Schluß der Versammlung gewählt, welche die Konsumgenossenschaftsfrage fördern soll.

Wahlen. Endlich konnte auch hier am vergangenen Sonntag im neuangekommenen Lokale eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten werden. Eingeleitet wurde die insipiente Kundgebung mit dem Vortrag der Internationale durch die Sänger des Arbeitergesangsvereins Vorwärts. Vor etwa 80 Personen sprach sodann unter Kandidat Genosse Rucke über die Aufgaben des zu wählenden Reichstagspartei. Die Rede wurde sehr gut aufgenommen. Die Auszubildenden der herrschenden Klassen und die Volkskrieger der Junter und Schloßbarone. Wer für wirklichen Fortschritt eintreten wollte, müsse nur einen Sozialdemokraten wählen. In der Diskussion forderte der Genosse Rucke die Anwesenden auf, die gegenwärtigen Lokale auf alle Fälle zu meiden und nur das

Lokal des Herrn Säben zu unterstützen. Im Schlußwort schilderte der Genosse Rucke die Anwesenden nochmals den gegenwärtigen Stand. Durch sofortige Abrechnung des Oberarmes am 12. Januar ein Ereignis werde und das rote Banner über dem Wahlkreis wehen.

Wahlen. Einen folgenreicheren Reibekampf besang der 24 Jahre alte polnische Arbeiter Valentin Szparyczak gelegentlich eines Tanzabergangs bei dem Gelehrter Meiner. Er begann mit einem Landmann Streit und heftete sich mit den Worten in den Saal hin: Wer wozu will, der komme her. Als er dann aufgefordert wurde, den Saal zu verlassen, so er kein Meßer und verlegte damit seinem Gegner einen Stuhl in die Hände. Da die Schlagader getroffen war, verlor der polnische Arbeiter das Bewußtsein und wurde in den Saal getragen. Der Bericht über die Verletzung geschäftig werden. Das Gefängnisgericht beurteilte R. zu einem Jahre drei Wochen Gefängnis. Seine Verurteilung der Strafkammer Halle eingeleitete Berufung wurde verworfen.

Wahlen. Opfer der Schandliteratur. Die Reichstagspartei Richard Dietrich, Paul Büngel, Paul Rabemann, Max Schumann der Tischlerlehrling Friedrich Berner und die Fabrikarbeiter Willi Schäfer und Otto Vene hatten sich durch das Lesen von Schandromanen und den Besuch von Kinetographen-Theatern zu allerlei Abenteuern bezogen lassen und zwar verlegten sie sich hauptsächlich auf die Schandromane. Obwohl sie am Tag zur Arbeit gingen, konnten sie nicht etwa aus Not handeln, so brachten sie nach und nach in Bars, Jagdbühnen, Kontorräume usw. ein. Fast ein ganzes Jahr lang trieben die Furchen hier ihr Unwesen. Mit Hilfe von Helfershelfern, Kaufmännern, Dietrichen usw. gelang es ihnen, überall hineinzuwachen. Sie nahmen dann alles mit, was nicht mehr und nagefest war, a. B. Wein, Bier, Zigaretten, Schenks, Würst- und Fleischwaren. Sie nahmen Gegenstände mit, die für sie vollständig wertlos waren, wie Gesellschaftstempel usw. Die acht Wälfen gingen zwar zankfertig vor, mögen aber drei Jahre lang, hätten die acht Wälfen den beiden Wälfen. Die Bevölkerung Eilenburgs war vor der Gesellschaft seinen Augenblick sicher. Wie wir damals berichteten, hat die Polizei nur durch Zufall auf die Spur der Täter und nach auch ihren Interfuß auf. Das acht Mitglieder harte Abenteurerkonstrukt hatte sich am Dienstag bei der Sozialdemokratischen Versammlung zu verzeichnen. Als die Straftaten begangen wurden, waren alleamt bis auf Rabemann noch keine 18 Jahre alt. Ein Beugenapparat war nicht notwendig, da sämtliche Angeklagten gefällig waren. Den Angeklagten waren nicht weniger als 80 Straftaten zur Last gelegt. Der Staatsanwalt beantragte wegen Rabemann die Haft bis gegen Schäfer, den er als Ober der Bande bezeichnete, fünf Jahre Gefängnis, gegen Wälfen und Büngel je vier Jahre, gegen Rabemann und Schumann je zwei Jahre, gegen Berner ein Jahr, gegen Vene sechs Monate Gefängnis und für sämtliche anderen, außer Genosse Rucke, ein Jahr Gefängnis. Die drei Verurteilten betonten, daß vor allen Dingen wiederum befreit sei, daß nicht die Jugend nach solchen Taten, sondern die Verleger der Schandromane auf die Anklagen gebören. Sie erwänten das Gericht, von einem so hohen Strafmaß abgesehen, indem sie hervorhoben, daß die jungen Leute nicht die Diebstähle begangen hätten, um sich zu bereichern, sondern nur um eine Abenteuererzählung zu spielen. Das Gericht beschloß hierauf, daß Urteil am 28. November, vormittags 9 Uhr, zu verurteilen.

Wahlen. Der beabsichtigte Bürgermeister. Im Laufe dieses Jahres spielte hier die Schulbaulastfrage eine bedeutende Rolle. Der Schulbauausschuss bestimmte den Bauplatz, der dem Stadtverordnetenvorsteher Weisungen gehörte. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte aber diesen Bauplatz ab. Der Bürgerausschuss beschloß dann um so mehr Entschlossenheit, als im Schulbauausschuss ein Stadtverordneter für den Bauplatz stimmte. Auch die Arbeiterausschüsse nahen in einer öffentlichen Versammlung zu dieser Angelegenheit Stellung. Das Thema lautet: Wie vertreten die Stadtverordneten die Interessen der Steuerzahler? Als Referent vor Genosse Rucke auftraten. Unser Genosse kam im Laufe seines Referats auch auf den Weisungen Schulbauplatz zu sprechen. Er bewies, wie ungeeignet dieser Platz für eine Schule sei und gab seiner Bewunderung Ausdruck, daß man immer und gleich wieder gerade diesen Platz in Betracht bringe. Die Rede wurde aber dadurch der Bauplatz einer Wälfen etwas billiger. Durch die Domestischer Zeitung erlief aufmerksam gemacht, schickte sich der Domestischer Bürgermeister beileidigt. Er stellte Strafantrag und Genosse Rucke hatte sich vergangene Woche vor dem hiesigen Gericht wegen öffentlicher Beleidigung zu verantworten. Die geliebten Feigen wurden auf Antrag des Amtsanwalts nicht gehört, nur der Herr Bürgermeister wurde gefragt, ob er seine Wälfen bezahlt hätte. Alle Anträge unserer Genossen wurden abgelehnt, selbst fragen an den Bürgermeister wurden als nicht zur Sache geachtet abgelehnt. In seiner Verteidigung führte der Angeklagte an, daß es ihm gar nicht in den Sinn gekommen sei, den Bürgermeister zu beleidigen und da die Anlage sich nur auf Vermutungen aufbaue, müsse seine Beleidigung erfolgen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte eine Geldstrafe von 50 Mk., das Gericht erachtete jedoch eine Geldstrafe in Höhe von 80 Mk. als angemessene Güte.

Wahlen. Wahlkreis. Sonnabend, den 23. November, abends 8 Uhr, findet im Hotel Hermann unsere Monatsversammlung statt. Außerdem machen wir schon jetzt auf die am 5. Dezember stattfindende öffentliche Feuerbestimmung, in der Genosse Bauhmannsplatz spricht, aufmerksam.

Wahlen. Wahlkreis. Bei der Stadtverordnetenwahl wurde Genosse Schmidt mit 88 Stimmen gewählt. Der bürgerliche Gegenkandidat erhielt 28 Stimmen.

Wahlen. Selbstmord im Gerichtshaus. Der verhaftete Diebverurteilte Knopfmacher hier, der wegen Diebstahls verurteilt worden war und dem Untersuchungsrichter anvertraut werden sollte, erschloß sich im hiesigen Amtsgerichtsgebäude.

Fordern Sie

beim Einkauf von Margarine nur diese Marken, sie bieten Ihnen volle Gewähr für feinste Qualität und einwandfreie Beschaffenheit:

Siegerin | Mohra | Palmato

-Margarine, viel feinstes
Molkereibutter
in jeder Verwendung.

-Margarine, ein
Landbutter
-Ersatz ohne gleichen.

feinste Pflanzenbutter-
Margarine, einzig haltbare
Nussbutter.

Melniege Fabrikanten: A. L. MOHR G. m. b. H., BAHNFELD.



Nietleben u. Umgegend.

Sonnabend, 25. November, abends 8 Uhr
im „Gasthaus zur Sonne“ in Nietleben

Öffentl. Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Der Aufmarsch der Parteien zum Reichstags-Wahlkampf.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Kunert-Berlin.

Einen recht zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschl., Zahlst. Halle a. S.

Bureau: Gatz 42/43 II, Zimmer 13. — Geöffnet von 11—1 und 5—8 Uhr. — Telefon 2766.

Sonntag den 26. November 1911, nachmittags punkt 1/2 4 Uhr
im „Volkspark“, Burgstraße 27:

Außerordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl der zwei anzustellenden Hilfskassierer.
2. Stellungnahme zu den letzten Vorkommnissen in der Kartellführung vom 8. November 1911.
3. Anträge: a) der Ortsverwaltung; b) der Mitglieder.
4. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes.

Ein zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zu allen Beratungen bitten wir die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Allgem. Konsum-Verein, Halle a. S.

(e. G. m. b. H.)

Wir empfehlen **Freitag** vormittag:

„Kopflösen Kabliau“

à Pfund 25 Pfg.

Der kolossale Umsatz

der allgemein beliebtesten
Margarine-Marken

Cleverstolz und Vitello

beweist am besten ihre ausserordentlich hervor-
ragende Beschaffenheit als konkurrenzloser Ersatz für
feinste Butter.

Stets frisch zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Unserer werten Kundschaft

zu wissen, daß sämtliche

Rabattmarken,

welche bisher im Umlauf sind,

auch im kommenden Jahre ihre Gültigkeit behalten.

Dampf-Brot-Fabrik Gebr. Schubert.

Neu für Arbeiter!

Naturreinen Apfelwein

à Liter 25 Pfg.

Verkauf findet von abends 6 bis 7 1/2 Uhr statt
Streiberstr. 38, Hof links.

Achtung! Brehna. Achtung!

Sonnabend den 25. November abends 8 Uhr
im „Gasthof zum Kronprinzen“:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Stadtverordnetenwahlen und Reichstagswahlen.

Referent: Genosse Dreßler, Halle.

Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Wähler der III. Ab-
teilung, bittet

Der Einberufer.

Sektion der Lackierer, Halle a. S.

Sonnabend den 25. November abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof „Drei Könige“, Kl. Klausstr. 7, 1

Wichtige Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zwischen dem Kollegen Mittel, Halle a. S. und dem Kollegen Viehweg, Zeitz zur Lackierer-Konferenz in Zeitz.
2. Beschlusseffassung über die zu stellenden Anträge.
3. Beschiedenes.

Werte Kollegen! Die überaus wichtige Tagesordnung erfordert es, daß alle im Wagenbau, Lackierereien und Maschinen-Fabriken beschäftigten Kollegen erscheinen.

Der Vorstand der Lackierer-Sektion Halle a. S.

Allg. Orts-Krankenkasse, Wittenberg.

Sonntag, 26. November 1911, von nachm. 3 Uhr
ab im „Mannmann'schen Lokal“ (Zuh. Aug. Pötzsch)
Kollegienstrasse

Wahl

von 10 Vertretern und 5 Ersatzmännern der Arbeitnehmer auf
die Dauer von 3 Jahren. Vertreter und Ersatzleute sind auf dem
Stimmzettel getrennt aufzuführen.

Als Legitimation gilt ein von der Stelle zu lieferndes Formular,
welches die Mitgliedschaft bezeugt. Selbstkassierer erhalten ein
solches im Kopfenlokal (§ 51, Abs. 5, 1. Nachtrag).

Schluss des Wahlactes: 6 Uhr.

Der Vorstand:

Otto Wagner, 1. Vorsitzender. A. Reichardt, Schriftführer.

Konsumverein f. Wittenberg u. Umg.

(e. G. m. b. H.)

Freitag den 1. Dezember 1911 abends 8 Uhr im
W. Freudenberg'schen Saale, Kurfürstenstrasse

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1910-11, Revisionsbericht des Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz u. Entlastung d. Vorstandes.
2. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns.
3. Auswählung von Mitgliedern nach § 39, Ziffer 2 und 5 des Statuts.
4. Antrag auf Gehaltserhöhung für ein Vorstandsmittglied.
5. Anträge der Mitglieder.

Einige Anträge müssen bis spätestens Montag den 27. No-
vember beim Unterzeichneten eingereicht sein.

Der Aufsichtsrat: Heinrich Schaper, Vorsitzender.

Empfehle für Freitag:
die so sehr beliebt gewordenen

Blut- u. Leberwürstchen

nach Berliner Art. Wurstsuppe gratis.
Ausserdem empfehle **Warme Knoblauchwurst.**

Paul Bauermann, Marktplatz 20
Telephon 1228.

Marobbo.

Den vornehmsten Geschmack befriedigende

Qualitäts-Zigarren.

10 Stück 60 Pfg.

Volles Format. ::
Blumiges Aroma. ::
Schneeweisser Brand.

J. Sanow, Geistsstrasse 5.
Gegr. 1887. Fernruf 3875.

Zum Schutze der Augen:
Optiker **hygienischer Augenschutz**
Wolfs 075, 1.—, 1.25/4

C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Briketts:

M. W. Phönix,
W. W. Luckenau

70 Pfg. pro Stk.

Cecilie und S. T. A.

63 Pfg. pro Stk.

Blitz

68 Pfg. pro Stk.

Pluto

55 Pfg. pro Stk.
ab unierem Lagerplatz

Hordorferstrasse 1.
Ueber 50 Sandwagen leihweise.
Verkauf auch Sonnt. v. 7—9 1/2.

Sachse & Müller,
Kopf-Abt. Ed. Lucke & Ströber.
Telephon 59.

Billiger Verkauf

des Helene Becker'schen
Warenlagers u. Andarwara
Grosse Ulrichstrasse 35

in Papier- u. Schreibwaren,
Geschäftsbüch., Schreibunterlagen,
Schreibzeugen, Reisseng., Tinten-
gläsern, Papierständern, Tage-
büchern, Photographie-, Brief-
marken-, Poësie- und Postkarten-
Albums, Portemonnaies, Schreib-
mappen, Stahlfedern, Papierwische,
Kragen, Dösel, 45 Pfg., Schul-
vormistern, Schieferkisten, Papier-
spitzen, Wanddrücker etc. etc.
nur kurze Zeit.

Haben Sie

schon meine **Spitzkugeln**
(Königsleben mit Schokolade
überzogen) probiert? Ich
möchte Sie gern als Kunde
haben.

Carl Boock, Braustraße 1, Turm
und Leipzigerstrasse 6/62.

Parteischriften empfiehlt die
Selbstbestimmung.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal.

Unsere Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen.

Erscheint wöchentlich dreimal.

<p>Abzahlungsgeschäfte</p> <p>M. Thiele, Gobenstr. 1, p.</p> <p>Brauereien</p> <p>F. Günther, Halle a. S.</p> <p>Briketts, Kohlen</p> <p>Richard Wolf, verlag. Königstr.</p> <p>Drogen und Farben</p> <p>H. Bädler, Rannischestr. 2.</p> <p>Ein- u. Verkaufsgeschäfte</p> <p>F. Henneke, Kl. Ulrichstr. 15.</p> <p>Eisen- und Stahlwaren</p> <p>F. Lindenbahn, Königstr. 8.</p> <p>Eisene Oefen</p> <p>Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königstr. 8.</p>	<p>Fahrräder u. Nähmaschinen</p> <p>Henry Klepzig, Rollstr. 2. Osk. Wüstneck, L. Wuchererstr. 59.</p> <p>Fleischermelster, Wurstfabriken</p> <p>J. Klostermann, Advokateng. 27. Franz Kunze, Burgstr. 59.</p> <p>August Mangold, Mersoburger- strasse 105. Robert Schöfer, Königstr. Otto Ulbricht, Ruckerstrasse 1.</p> <p>Handkofferwagen-Fabriken</p> <p>Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10.</p> <p>Haus- und Küchengeräte</p> <p>K. Kuckenburg, Rannischestr. 12.</p> <p>Herrenbekleidung</p> <p>Moritz Rosenthal, Leipzigerstr. 1 (Italienhaus).</p>	<p>Königkuchen, Zuckerwaren</p> <p>Friedrich Bock, Schmeer- strasse 16.</p> <p>Röste und Mäzen</p> <p>Friedrich Fleitner, Geiststr. 23.</p> <p>Kartonsagen</p> <p>W. Schnell, Wuchererstr. 40.</p> <p>Kaufhäuser</p> <p>H. Etkan, Bekleidg.-Gegoss., j. Art.</p> <p>Kinderwagen</p> <p>Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.</p> <p>Kolonialwaren</p> <p>Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32p. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. nur E. Weinhold, Kleiner Berlin 2.</p>	<p>Lederhandlungen</p> <p>Herm. Schmidt, Geiststr. 23.</p> <p>Möbel-Magazine</p> <p>Wald- Magazin Hall. Tischlermeister, Grosse Ulrichstr. 50</p> <p>Photographische Ateliers</p> <p>nur Richard Schröder, Steinweg 17.</p> <p>Schulwaren</p> <p>C. Menge, Triftstrasse 1. [Schneider- u. Bedarfsartikel]</p> <p>F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7.</p> <p>Spezialität, Möbeltransport</p> <p>J. Kästner & Co., Brunnenstr. 36. Wilh. Müller, Brunnenstr. 53.</p>	<p>Uhren- u. Goldwaren</p> <p>Albert Grotzky, Geistsstrasse 36. Grosse Friedrich Hofmann, Klausstr. 23. Robert Koch, Leipzigerstr. 44. Albert Henneke, Gr. Steinstr. 63 A. Schiffer, Leipzigerstr. 92.</p> <p>H. Wagner, Uhrmachermeister, Reilstrasse 4. A. Weisa, Kleinschmieden 6.</p> <p>Wasch-Anstalten.</p> <p>Dessauerstr. 5, Hof rechts. Halleria, — Fernruf 2920. — Spezialit.: Herren-Stärke-Wäsche.</p> <p>Weine u. Fruchtsäfte etc.</p> <p>H. Kado Nachf., Leipzigerstr. 98. Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.</p> <p>Wein- u. Woll-Tapenorte</p> <p>Franz Banane, Lindenstr. 56.</p>	<p>Zahn-Techniker</p> <p>Willy Müller, Neue Promenade 16, via a-via Leipzig, Turm.</p> <p>Zigarrenhandlungen</p> <p>F. Goldmann, Knechtstrasse 96. Schubert, William, Zigarren und Schulartikel, Lauchstädterstr. 15.</p> <p>Ammerdorfer.</p> <p>Gürtnerel Dienel, Fernspr. 25. Sanitäts-Drogerie, Inh.: Hch. Gumb. Ammerdorfer Radewal Hallechestr. 65. Hauptstr. 90. A. Hornmann, Uhrmacher. Kaufhaus Korkur. O. Probsthahn, Böttch.-Rein.-Anst. W. Wünschler, Schulwaren. P. G. Blank, Kaufhaus, Radewal.</p>
---	--	--	--	--	--

Für die Inserate verantwortlich: Rob. S. J. — Druck der Zeitsch. Genossenschafts-Verlag. (e. G. m. b. H.) — Bezugspreis: wöchl. 10 Pfg. — Best.- u. Abh.-K. S. 1. —

